

----- Weitergeleitete Nachricht -----

Betreff: Ihre Wahlprüfsteine

Datum: Tue, 14 May 2019 16:00:12 +0200

Von: Grüne Öffentlichkeitsarbeit

An: ruth.misselwitz@alt-pankow.de

Sehr geehrte Frau Misselwitz,

vielen Dank für Ihr Interesse an den Positionen unserer Partei. Im Auftrag des Bundesvorstandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und unserer Spitzenkandidatin Ska Keller sende ich Ihnen im Anhang unsere Antworten auf Ihre Fragen als word-Datei. Damit Sie den Text besser verarbeiten können, ist er nicht als Brief formatiert. Ich hoffe, das kommt Ihnen entgegen. Mit Rückfragen können Sie sich gern an mich wenden.

Falls Sie ein Logo unserer Partei verwenden möchten, finden Sie es hier:

<https://www.gruene.de/service/corporate-design>

Bitte seien Sie so freundlich und bestätigen kurz den Eingang unserer Antwort.

Ich hoffe, ich konnte Ihr Anliegen zufrieden stellend beantworten.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Christian Mrowietz

-----  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bundesgeschäftsstelle

Referat Öffentlichkeitsarbeit

Platz vor dem Neuen Tor 1

10115 Berlin

T: 030-28442-119

F: 030-28442-327

E: [hans-christian.mrowietz@gruene.de](mailto:hans-christian.mrowietz@gruene.de)

E: [pr@gruene.de](mailto:pr@gruene.de)

I: <http://www.gruene.de/>

<b>Antworten auf die Wahlprüfsteine vom Friedenskreis Pankow anlässlich der Europawahl 2019</b>	
---	--

**1. Subventionierung der Rüstungsindustrie oder Finanzierung ziviler Krisenprävention?**

**a) Werden Sie sich in Ihrer (zukünftigen) Funktion als Mitglied des Europäischen Parlamentes gegen die Förderung von Rüstungsforschung und –entwicklung im Rahmen des Europäischen Verteidigungsfonds aus dem Gemeinschaftshaushalt der Europäischen Union in der vorgesehenen Höhe von 13 Mrd. Euro in der Laufzeit des neuen mehrjährigen Finanzrahmens von 2021 – 2027 einsetzen?**

**b) Werden Sie sich für eine weiterhin eigenständige Finanzierung sowie die Stärkung des Entwicklungsfonds und der Instrumente für Stabilität und Frieden, für Demokratie und Menschenrechte und für Nachbarschaftshilfe einsetzen, um die Finanzierung von Programmen der zivilen Krisenprävention und der Menschenrechte nicht zu gefährden, sondern auszubauen?**

Die Fragen a) und b) werden gemeinsam beantwortet:

Ja. Wir streiten dafür, dass die EU eine Friedensmacht bleibt. Wir haben gegen die militärische Ertüchtigungsinitiative 2016/17 gekämpft und kämpfen aktuell gegen den Verteidigungsfonds und die Milliarden-Ausgaben für die militärische Mobilität. Wir setzen uns vielmehr für eine Verdoppelung der EU-Haushaltsmittel für zivile Konfliktprävention ein und für eine Beibehaltung des Instruments für Stabilität und Frieden. Wir sind der Meinung, dass in einem moderaten Umfang Mitgliedstaaten ihre nationalen Mittel für Rüstung zusammenlegen sollten.

**c) Werden Sie sich für ein Mitspracherecht des Europäischen Parlamentes im oben genannten Bereich bei der Mittelvergabe einsetzen?**

Wir GRÜNE haben in den letzten zwei Jahren bereits viel Zeit und Energie dafür aufgewandt, um eine Parlamentskontrolle, die eigentlich bei Gemeinschaftsfonds der EU üblich ist, für das Pilotprogramm zur Entwicklung von Rüstungstechnologie (EDIDP) und auch den milliardenschweren Verteidigungsfonds (EDF) durchzusetzen. Leider ist uns das in beiden Fällen nicht gelungen, weil unglaublicher Weise eine Mehrheit der Abgeordneten des Europäischen Parlaments gegen eine Kontrolle der Auszahlung von bis zu 13,5 Milliarden Euro an Steuergelder an die Rüstungsindustrie ist. Wir sind der Meinung, dass diese Fehlentscheidung von Liberalen, Konservativen und weiten Teilen der Sozialdemokraten und Sozialisten die europäische Demokratie geschwächt hat und die Chance vergeben wird, dass europäische Zusammenarbeit in dem Sektor deutlich transparenter, effizienter und weniger korrupt abläuft, als es oftmals auf nationaler Ebene der Fall ist. Wir GRÜNE haben uns als einzige Partei im Parlament mit einem präzisen Antrag für die Parlamentskontrolle bei der finalen Abstimmung am 18. April 2019 zum zukünftigen Verteidigungsfonds eingesetzt. Nach der Wahl werden wir diesen Kampf mit allen uns zur Verfügung stehenden Instrumenten weiterführen.

Was die zivile Krisenprävention angeht, so haben wir uns seit einem knappen Jahr im Gesetzesverfahren zum neuen Außenpolitikinstrument (NDICI) für die Jahre 2021-2027 vehement für ein maximales Mitspracherecht des Parlaments ausgesprochen. Der ursprüngliche Kommissionsvorschlag sah ja lediglich Mitsprache bei der inhaltlichen Abänderung der Politikfelder wie "Frieden und Stabilität" vor, worunter zivile Konfliktprävention fällt. Wir wollten und wollen jedoch für die Zukunft Mitsprache auch für alle Umsetzungsmaßnahmen, also die konkreten jährlichen oder mehrjährigen Pläne, wie die Gelder ausgegeben werden sollen. Diese Forderung werden wir auch nach der Wahl weiter vehement einbringen, insbesondere wenn die Verhandlungsphase zwischen Rat, Parlament und Kommission zum entsprechenden Gesetz beginnt.

**d) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die bisherigen Stärken der EU im Bereich der Diplomatie, Mediation, Aufbau von Institutionen gestärkt und mit den erforderlichen finanziellen Mitteln ausgestattet werden?**

Ja, unbedingt. Unser Ziel ist es, die EU-Haushaltsmittel für zivile Ansätze, wie Konfliktprävention und Mediation, im Vergleich zum laufenden mehrjährigen Finanzrahmen mindestens zu verdoppeln. Vor der Europawahl haben jedoch entsprechende legislative Anträge der Grünen Fraktion im Europaparlament keine Unterstützung durch Union, SPD, FPD oder Linkspartei bekommen. Es ist noch ein weiter Weg, Mehrheiten für mehr Mittel zu erarbeiten.

## **2. Stärkung der nicht militärischen, gewaltfreien Krisenprävention**

**a) Werden Sie sich im Europaparlament, z.B. in den Haushaltsberatungen oder im Falle einer Änderung der EU-Verträge, für die Entwicklung und Finanzierung handlungsfähiger Strukturen für die Krisenfrüherkennung, Konfliktbeilegung und Nachsorge im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik einsetzen, die eine nachhaltige Stärkung der zivilen Dimension der GASP zum Ziel hätten?**

Wir GRÜNE haben uns bereits im Rahmen der Verhandlungen zur nächsten mehrjährigen Finanzplanung der EU von 2021 bis 2027 mit legislativen Anträgen dafür eingesetzt, dass für solche Politiken die Mittel gegenüber der aktuellen mehrjährigen Finanzplanung mehr als verdoppelt werden. Jedoch haben bedauerlicherweise Union, SPD, FDP und Linkspartei alle unseren Antrag abgelehnt. Diesen Kampf um mehr Mittel werden wir in der neuen Legislaturperiode wieder aufnehmen.

**b) Welche Möglichkeiten sehen Sie im Umgang mit Russland und der Ukraine? Welche Rolle könnte das Europaparlament zu Deeskalation des Konflikts leisten? Setzen Sie sich auch in diesem Konflikt für eine Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements und Austausches für Frieden, menschen- und Minderheitenrechte durch die EU ein?**

Wir treten im Europaparlament für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik ein, die sich für Menschenrechte stark macht und Frieden sichert. Unter Präsident Putin hat Russland völkerrechtswidrig die Krim annektiert und führt Krieg in der Ostukraine. Die Verletzung der territorialen Integrität anderer Staaten ist inakzeptabel. Die EU muss hier klar sein und ihre politischen und diplomatischen Anstrengungen für eine friedliche Lösung der Konflikte in Osteuropa (und im Südkaukasus) verstärken. Für uns ist klar: Es darf keine Abstriche beim Eintreten für Demokratie und Menschenrechte und die Einhaltung des Völkerrechts geben. Die uneingeschränkte Gültigkeit der Schlussakte von Helsinki, die Charta von Paris sowie die Prinzipien der OSZE leiten unsere Politik gegenüber Russland. Die Lösung des Konfliktes in der Ukraine kann nur eine politische und diplomatische sein, wofür wir uns auch im Europaparlament stark machen. Daher halten wir am Minsker Friedensabkommen fest. Solange Russland gegen dieses verstößt, muss die EU die gezielten Sanktionen aufrechterhalten. Wir erkennen die völkerrechtswidrige Annexion der Krim nicht an, und treten ein für die Unterstützung der ukrainischen Demokratisierungs- und Reformbemühungen durch die EU und die Mitgliedstaaten. Ebenso unterstützen wir die russische Zivilgesellschaft. Obwohl Putin Russland auch innenpolitisch immer weiter weg führt von Demokratie, Freiheit, der Achtung der Menschenrechte und einer dringend nötigen sozialen und ökonomischen Modernisierung, wollen wir im Dialog bleiben. Gemeinsam mit unseren russischen Partnern fordern und fördern wir die stärkere Kooperation mit demokratischen Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftlichen Initiativen. Diejenigen, die unter den Repressionen leiden, brauchen unsere volle Solidarität. Wo immer es möglich ist, suchen wir die Kooperation mit Russland. Nur so lassen sich Sicherheit, Frieden und Abrüstung erreichen.

**c) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die EU die Vereinten Nationen und ihre Regionalorganisationen, vor allem die OSZE, darin unterstützt, ihre Instrumente zur Vorbeugung und friedlichen Streitbeilegung auszubauen und zu nutzen?**

Ja. Wir werden uns insbesondere dafür einsetzen, dass mehr Mittel aus den entsprechenden EU-Fonds (IcSP, ENI, DCI, EDF, NDICI) für OSZE und UN bereitgestellt wird.

## **3. Europäische Rüstungsexporte**

**a) Werden Sie sich für ein EU-Waffenembargo für die im Jemen-Krieg involvierten Staaten**

## **einsetzen und die Einhaltung auch gegenüber den Nationalstaaten einfordern?**

Wir GRÜNE im Europaparlament haben die Debatte um ein Waffenembargo gegenüber den teilnehmenden Staaten im Jemen-Krieg initiiert und wir werden dieses Ziel vehement weiter verfolgen. Zum ersten Mal ist es uns im Februar 2016 zusammen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren gelungen eine Parlamentsmehrheit im Europaparlament für ein Waffenembargo zu initiieren. Das haben wir 2017 und 2018 wiederholen können, obwohl europäische Regierungen und die Regierungen der Koalition gegen uns arbeiteten. Damit ist das Thema prominent auf der Agenda geblieben und wir werden daran festhalten, nicht zuletzt, wenn sich die neue Außenbeauftragte/der neue Außenbeauftragte dem Parlament vorstellt.

### **b) Werden Sie sich – angesichts der hohen Opferzahlen durch Kleinwaffen – für ein EU-weites Exportverbot von Kleinwaffen und der zugehörigen Munition an Länder außerhalb der EU einsetzen?**

Im Fall von Kleinwaffen ist ein Exportstopp sinnvoll, denn sie sind für die größte Zahl an Opfern verantwortlich und ihre Verbreitung ist quasi unkontrollierbar.

### **c) Werden Sie sich auf EU-Ebene für mehr Transparenz und einheitliche Berichtspflichten für die Mitgliedsstaaten, die die Rechenschaftspflicht für strittige Exporte einschließt, einsetzen?**

Wir sind der Meinung, dass in dieser Frage volle Transparenz herrschen muss. Auf europäischer Ebene fordern wir GRÜNE schon lange mehr Licht in die zuständige Ratsarbeitsgruppe zu Waffenexporten zu bringen. Damit einher geht unsere langjährige Forderung nach einer Digitalisierung der Daten der Mitgliedstaaten und einer schnellen Veröffentlichung des Jahresberichtes der EU nur wenige Tage nach dem Kalenderjahr, zu dem die Daten zusammen getragen wurden. Denn viele Vorgänge sind politisch bereits verjährt, wenn sie erst 18 Monate oder später veröffentlicht werden. Wir wollen eine moderne öffentliche EU-Datenbank zu den Ausfuhren der Mitgliedstaaten, in der auch erkennbar ist, welches Material, in welchem Umfang und Wert tatsächlich Europa verlassen hat. Bislang gibt der EU-Jahresbericht in erster Linie Auskunft über die Absichtserklärungen in den Lizenzen.

### **d) Werden Sie sich für Mechanismen wie etwa Sanktionen einsetzen, um die konsequente Auslegung und einheitliche Umsetzung der Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts durch die Mitgliedstaaten zu gewährleisten?**

Wir setzen uns bereits seit einiger Zeit für eine bessere Struktur auf europäischer Ebene ein und fordern darüber hinaus, dass eine solche Struktur Sanktionen gegen Mitgliedstaaten beschließen kann, die die acht EU-Kriterien verletzen. Im Rahmen der Verhandlungen um die EU-Verordnung zum Europäischen Verteidigungsfonds haben wir GRÜNE unterstützt, dass die EU-Kommission die Möglichkeit erhalten soll, alle mit EU-Haushaltsmitteln geförderte Militärtechnologie überwachen und stoppen zu können, sollte sie an Drittstaaten exportiert werden. Die Verhandlungsführung des Parlamentes hat diese Position jedoch zugunsten des Rates aufgegeben. Dies hätte der Beginn einer echten Kontrolle auf EU-Ebene sein können. Wir fordern deswegen dringend die Schaffung eines europäischen Aufsichtsgremiums, das zur Not auch Sanktionen gegen Mitgliedstaaten verhängen kann.

## **4. Asyl und Migration**

### **a) Werden Sie sich für den Ausbau und die Ausweitung sicherer und regulärer Wege für Schutzsuchende und Migrant\*innen einsetzen?**

**Unterstützen Sie:**

- **Schnelle und großzügigere Familienzusammenführung für Asylsuchende und Flüchtlinge,**
- **Größere Kontingente für Flüchtlingsneuan siedlung in Europa (Resettlement),**
- **Verteilung von Asylsuchenden innerhalb der EU (Relocation),**
- **Humanitäre Visa, wie vom EP im Dezember 2018 gefordert,**
- **Legale Migration für Arbeit, Studium und Ausbildung?**

Ja, unbedingt. Mit legalen Fluchtwegen verhindern wir, dass sich Menschen in die Hände von

skrupellosen Schleppern begeben und lebensgefährliche Fluchtwege auf sich nehmen müssen. Wir wollen großzügige Aufnahmekontingente für Flüchtlinge über das Resettlement-Programm der Vereinten Nationen. Wir setzen uns für humanitäre Visa, Familienzusammenführung und Relocation ein. Für Menschen, die zum Arbeiten nach Europa kommen wollen, brauchen wir ein europäisches Einwanderungsrecht, das Menschen mit verschiedenen Qualifikationsniveaus die legale Einwanderung nach Europa ermöglicht.

**b) Setzen Sie sich für ein EU-weite dezentrale Unterbringung und ein dezentrales Aufnahmeverfahren in Europa ein?**

Ja. Flüchtlingsschutz ist eine gemeinsame europäische Aufgabe. Alle Mitgliedsstaaten müssen sich an der Aufnahme von Asylsuchenden beteiligen. Überfüllte Massenlager, wie auf den griechischen Inseln, sind menschenunwürdig. Das Dublin-System, wonach Asylsuchende in dem Land Asyl beantragen müssen, das sie zuerst betreten haben, steht einer dezentralen Unterbringung im Weg. Es muss durch ein faires und solidarisches Verteilungssystem ersetzt werden, wie es auch das Europäische Parlament fordert.

**c) Setzen Sie sich für die Umsetzung der bestehenden gemeinsamen Asylrechts-Standards ein?**

Ja, wir wollen hohe, gemeinsame Asylrechtsstandards in der EU. Dafür muss die EU-Asylbehörde in ihren Befugnissen so erweitert werden, dass sie gemeinsam mit den Mitgliedstaaten für eine schnelle Registrierung, eine humane Erstunterbringung mit medizinischer Versorgung und die anschließende schnelle und faire Verteilung sorgt. Sie muss die gemeinsamen europäischen Asylregeln gegenüber allen Mitgliedstaaten durchsetzen.